

Bundesgesetzblatt

2305

Teil II

1960	Ausgegeben zu Bonn am 6. Oktober 1960	Nr. 51
Tag	Inhalt:	Seite
30. 9. 60	Gesetz über die Vereinbarung vom 4. Dezember 1957 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Austausch von Gastarbeitnehmern	2305
30. 9. 60	Gesetz über die Vereinbarung vom 30. Juni 1958 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über Gastarbeitnehmer ...	2310
20. 9. 60	Bekanntmachung von Vorbehalten der Bundesrepublik Deutschland zu den Genfer Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts und zu den Genfer Abkommen zur Vereinheitlichung des Scheckrechts	2315
23. 9. 60	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze	2316
23. 9. 60	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 25 der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (Inkrafttreten für Peru)	2316

Gesetz über die Vereinbarung vom 4. Dezember 1957 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Austausch von Gastarbeitnehmern

Vom 30. September 1960

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Luxemburg am 4. Dezember 1957 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Austausch von Gastarbeitnehmern wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1958 in Kraft.
- (2) Die Vereinbarung ist am 1. Januar 1958 in Kraft getreten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. September 1960

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Röder

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
über den Austausch von Gastarbeitnehmern

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
relatif à l'échange de stagiaires

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg
553—14/185/57

Ministère
des Affaires Étrangères
T. 4.589

Luxemburg, den 4. Dezember 1957

Luxemburg, le 4 décembre 1957

Herr Staatsminister!

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre N° 553-14/185/57 de Votre Excellence en date de ce jour, relative à l'échange de stagiaires, dont la teneur est la suivante:

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, von dem Wunsch geleitet, die Zusammenarbeit der beiden Länder auf sozialem Gebiet zu erweitern, und in der Erwägung, daß es vorteilhaft ist, den Austausch von Gastarbeitnehmern zwischen den beiden Ländern zu fördern, bereit ist, unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit die nachstehenden Bestimmungen zur Regelung dieses Austausches anzuwenden:

«J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, désireux d'approfondir la collaboration des deux pays dans le domaine social et considérant qu'il y a intérêt à encourager l'échange de stagiaires entre les deux pays, est prêt à appliquer, sous condition de réciprocité, les dispositions suivantes en vue de régler cet échange:

Artikel 1

Article 1^{er}

(1) Diese Vereinbarung findet Anwendung auf deutsche und auf luxemburgische Staatsangehörige, die für begrenzte Zeit in dem anderen Lande ein Arbeitsverhältnis als Gastarbeitnehmer eingehen, um sich beruflich und sprachlich fortzubilden.

(1) Le présent arrangement s'applique aux ressortissants allemands et luxembourgeois qui prennent un emploi dans l'autre pays pour une période déterminée en qualité de stagiaires afin de perfectionner leurs connaissances professionnelles et linguistiques.

(2) Als Gastarbeitnehmer können Hand- und Geistesarbeiter männlichen oder weiblichen Geschlechts beschäftigt werden. Sie sollen grundsätzlich über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und in der Regel das 18. Lebensjahr vollendet und das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben.

(2) Des travailleurs manuels et intellectuels de sexe masculin ou féminin peuvent être employés comme stagiaires. En principe, ils doivent avoir terminé leur formation professionnelle, être âgés de 18 ans accomplis et ne pas avoir dépassé l'âge de 30 ans.

Artikel 2

Article 2

(1) Den Gastarbeitnehmern wird die Bewilligung zum Stellenantritt (Zulassung) im Rahmen des in Artikel 5 Abs. 1 vereinbarten Kontingents ohne Rücksicht auf die allgemeine Beschäftigungslage und auf die besondere Beschäftigungslage des jeweiligen Berufes erteilt.

(1) Les stagiaires sont autorisés à occuper un emploi dans le cadre du contingent convenu à l'alinéa 1 de l'article 5, quelle que soit la situation de l'emploi en général et la situation de l'emploi dans la profession dont il s'agit.

(2) Die Zulassung als Gastarbeitnehmer auf Grund dieser Vereinbarung ersetzt die nach den bestehenden Vorschriften für die Beschäftigung von Ausländern erforderliche Beschäftigungsgenehmigung und Arbeitserlaubnis. Die in den beiden Ländern geltenden Gesetze und Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern bleiben unberührt.

(2) L'admission comme stagiaire en vertu du présent arrangement remplace les autorisations d'emploi et de travail requises par les dispositions en vigueur pour l'embauchage d'étrangers. Il n'est pas porté atteinte aux lois et dispositions en vigueur dans les deux pays, concernant l'entrée dans le territoire, le séjour et la sortie des étrangers.

Artikel 3

(1) Die Dauer des Gastarbeitnehmerverhältnisses ist in der Regel auf ein Jahr beschränkt; sie kann ausnahmsweise um höchstens sechs Monate verlängert werden.

(2) Die Gastarbeitnehmer dürfen nach Beendigung ihres Gastarbeitnehmerverhältnisses in dem Lande, in dem sie als Gastarbeitnehmer tätig waren, kein anderes Arbeitsverhältnis eingehen, es sei denn, daß die für die Beschäftigung von Ausländern erforderliche Genehmigung erteilt wird.

Artikel 4

(1) Den Gastarbeitnehmern ist von ihren Arbeitgebern ein Entgelt zu zahlen, das ihrer Arbeitsleistung entspricht und das es ihnen ermöglicht, für ihren Unterhalt aufzukommen.

(2) Es muß gewährleistet sein, daß Gastarbeitnehmer, die einen Arbeitsplatz voll ausfüllen, die in dem Betrieb dafür übliche, mindestens jedoch die tarifliche Entlohnung erhalten.

(3) Die Gastarbeitnehmer genießen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes und des Rechtsschutzes auf dem Gebiete des Arbeitsrechts die gleiche Behandlung wie die Staatsangehörigen des Landes, in dem sie die Arbeit aufnehmen.

(4) Auf die Gastarbeitnehmer finden die Vorschriften über die Soziale Sicherheit des Gastlandes sowie etwaige besondere Vereinbarungen auf diesem Gebiete zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg Anwendung.

Artikel 5

(1) Die Zahl der Gastarbeitnehmer, die in jedem der beiden Länder zugelassen werden können, soll im Kalenderjahr fünfzig nicht überschreiten. Darüber hinausgehende Bewerbungen können unter den in Artikel 1 bis 4 genannten Bedingungen berücksichtigt werden, sofern es die Lage des Arbeitsmarktes gestattet.

(2) Die Anrechnung der Zulassung eines Gastarbeitnehmers auf das Kontingent ist unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt der Gastarbeitnehmer von der Zulassung Gebrauch macht und für welche Dauer die Zulassung erteilt wird. Die Gastarbeitnehmer, die am Jahresanfang bereits im Gebiet des anderen Landes zugelassen waren, werden auf das Kontingent des laufenden Jahres nicht angerechnet. Eine Verlängerung der Dauer des Gastarbeitnehmerverhältnisses gemäß Artikel 3 Abs. 1 oder ein Wechsel der Gastarbeitnehmerstelle gelten nicht als auf das Kontingent anzurechnende Zulassungen.

(3) Wird das vereinbarte Kontingent im Laufe eines Jahres durch die Zulassung von Gastarbeitnehmern eines der beiden Länder nicht erreicht, so darf weder der nicht in Anspruch genommene Rest des Kontingents auf das folgende Jahr übertragen noch die Zahl der Zulassungen von Gastarbeitnehmern des anderen Landes entsprechend herabgesetzt werden.

(4) Eine Änderung des Kontingents kann bis spätestens einen Monat vor Ablauf des Jahres für das folgende Jahr durch Notenaustausch vereinbart werden.

Artikel 6

(1) Personen, die als Gastarbeitnehmer zugelassen werden wollen, müssen dies bei der mit der Durchführung der Vereinbarung beauftragten Behörde ihres Landes beantragen. In ihrem Antrag sind alle zur Prüfung des Antrages für die Vermittlung einer Gastarbeitnehmerstelle und für die Zulassung erforderlichen Angaben auf dem hierfür vorgeschriebenen Vordruck zu machen.

Article 3

(1) La durée du stage est limitée, en règle générale, à une année; elle peut exceptionnellement être prolongée de six mois au plus.

(2) Après la fin de leur stage, les stagiaires ne peuvent prendre un autre emploi dans le pays où ils étaient occupés comme stagiaires, à moins que l'autorisation requise pour l'emploi des étrangers ne soit accordée.

Article 4

(1) Les stagiaires recevront de leurs employeurs une rémunération correspondant à la valeur de leur service et leur permettant d'assurer leur subsistance.

(2) Il devra être garanti que les stagiaires fournissant un plein rendement recevront la rémunération en usage dans l'entreprise ou, tout au moins, la rémunération fixée par les conventions collectives de travail.

(3) Les stagiaires jouissent de l'égalité de traitement avec les ressortissants du pays du lieu de travail en ce qui concerne les conditions de travail, la protection du travail et la sauvegarde des droits des travailleurs.

(4) Sont applicables aux stagiaires les dispositions sur la Sécurité sociale du pays du lieu de travail ainsi que tout arrangement spécial conclu dans ce domaine entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne.

Article 5

(1) Le nombre de stagiaires pouvant être admis dans chacun des deux pays ne doit pas dépasser 50 par année civile. Les demandes dépassant ce contingent peuvent être prises en considération dans les conditions visées aux articles 1 à 4 dans la mesure où la situation sur le marché du travail le permet.

(2) L'imputation de l'admission d'un stagiaire sur le contingent est indépendante de la date à laquelle le stagiaire fait usage de cette admission et de la durée pour laquelle elle est accordée. Les stagiaires déjà admis sur le territoire de l'autre pays au début de l'année ne sont pas imputés sur le contingent de l'année courante. Toute prolongation de la durée du stage conformément à l'alinéa 1 de l'article 3 ou tout changement de l'emploi de stagiaire ne sont pas considérés comme admissions imputables sur le contingent.

(3) Si, au cours d'une année, le contingent convenu n'est pas atteint par l'admission de stagiaires de l'un des deux pays, le reliquat non utilisé de ce contingent ne peut être reporté sur l'année suivante, ni le nombre d'admissions de stagiaires de l'autre pays réduit en conséquence.

(4) Toute modification du contingent peut être convenue pour l'année suivante par un échange de notes qui doit intervenir au plus tard un mois avant l'expiration de l'année en cours.

Article 6

(1) Les personnes qui désirent être admises comme stagiaires en feront la demande à l'autorité de leur pays chargée de l'exécution du présent arrangement. La demande, rédigée sur un formulaire prescrit à cet effet, doit contenir toutes les indications nécessaires à l'examen de la demande de placement et d'admission à titre de stagiaire.

(2) Die genannte Behörde hat zu prüfen, ob nach den Voraussetzungen dieser Vereinbarung der Antrag der entsprechenden Behörde des anderen Landes zu übermitteln ist. Die zuständige Behörde des anderen Landes entscheidet über die Zulassung im Rahmen des jährlichen Kontingents.

(3) Die für die Durchführung der Vereinbarung zuständigen Behörden sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und Vermittlungsausgleich, Frankfurt (Main), Eschersheimer Landstraße Nr. 1—7, und im Großherzogtum Luxemburg das „Office National du Travail“ in Luxemburg.

Artikel 7

(1) Die zuständigen Behörden werden um eine beschleunigte Bearbeitung der Anträge von Gastarbeitnehmern um Zulassung zum Stellenantritt bemüht sein. Sobald die zuständige Behörde eines der beiden Länder den Stellenantritt eines Gastarbeitnehmers genehmigt hat, wird sie den Zulassungsbescheid der zuständigen Behörde des anderen Landes übersenden.

(2) Die zuständigen Behörden beider Länder werden die Bewerber bei der Suche nach einer Gastarbeitnehmerstelle in ihrem Lande durch geeignete Maßnahmen und nötigenfalls unter Mitwirkung der eigens damit beauftragten Stellen und der in Betracht kommenden Organisationen unterstützen. Dies gilt auch dann, wenn die Beschäftigung bei einem Arbeitgeber ohne Verschulden des Gastarbeitnehmers nicht bis zum Ablauf der vorgesehenen Dauer fortgesetzt werden kann.

Artikel 8

(1) Das Zulassungsverfahren im Sinne dieser Vereinbarung ist von den Stempelkosten, Gebühren und Abgaben befreit.

(2) Die Vermittlung der Bewerber in Gastarbeitnehmerstellen erfolgt kostenlos; es ist Sache der Gastarbeitnehmer, die Kosten für die An- und Rückreise aufzubringen.

Artikel 9

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit getroffen und tritt am 1. Januar 1958 in Kraft.

(2) Die Vereinbarung kann jeweils zum 31. Dezember, und zwar sechs Monate vor Ablauf eines jeden Jahres, gekündigt werden.

(3) Im Falle der Kündigung bleiben die auf Grund dieser Vereinbarung ausgesprochenen Zulassungen für die Zeitdauer, für die sie erteilt wurden, gültig.

(2) L'autorité susmentionnée doit examiner s'il y a lieu, conformément aux conditions visées au présent arrangement, de transmettre la demande à l'autorité correspondante de l'autre pays. L'autorité compétente de l'autre pays décide de l'admission dans le cadre du contingent annuel.

(3) Les autorités compétentes pour l'exécution du présent arrangement sont, dans la République fédérale d'Allemagne, la « Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und Vermittlungsausgleich », Francfort/Main, Eschersheimer Landstrasse 1—7 et, dans le Grand-Duché de Luxembourg, l'Office National du Travail à Luxembourg.

Article 7

(1) Les autorités compétentes s'efforceront de donner rapidement suite aux demandes d'admission de stagiaires. Dès que l'autorité compétente de l'un des deux pays aura accordé l'autorisation de stage, elle en informera l'autorité compétente de l'autre pays.

(2) Les autorités compétentes des deux pays aideront les candidats-stagiaires à trouver un emploi de stagiaire dans le pays en question par des mesures appropriées et, si besoin est, avec le concours des services spécialement désignés à cet effet et des organisations intéressées. Cette disposition s'applique même au cas où le stage auprès d'un employeur ne pourrait être poursuivi jusqu'à expiration de la durée prévue, sans qu'il y ait faute du stagiaire.

Article 8

(1) La procédure d'admission aux termes du présent arrangement est exempte de tous frais de timbres, droits et taxes.

(2) Le placement des candidats aux emplois de stage s'effectuera sans frais; il appartient aux stagiaires d'assumer les frais de voyage aller et retour.

Article 9

Le présent arrangement est applicable à Berlin-Ouest sauf déclaration contraire communiquée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de l'arrangement.

Article 10

(1) Le présent arrangement est conclu pour une durée illimitée et entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1958.

(2) L'arrangement pourra être dénoncé six mois avant la fin de chaque année pour le 31 décembre.

(3) En cas de dénonciation, les autorisations accordées en vertu du présent arrangement resteront valables pour la durée pour laquelle elles auront été accordées.

Sofern das Vorstehende die Billigung der Großherzoglich Luxemburgischen Regierung findet, habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz den Vorschlag zu unterbreiten, daß durch die vorliegende Note und Ihre Antwortnote diese Vereinbarung als zustande gekommen angesehen werden soll.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Karl Graf von Spreti

Seiner Exzellenz
Herrn Staatsminister Joseph Bech
Präsident der Regierung
Minister für auswärtige Angelegenheiten
Luxemburg

Dans le cas où les dispositions qui précèdent sont acceptées par le Gouvernement luxembourgeois, j'ai l'honneur de proposer à Votre Excellence que par la présente note et la réponse de Votre Excellence cet arrangement soit considéré comme conclu.»

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement luxembourgeois accepte la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et marque son accord au sujet de l'arrangement qui précède.

Je saisis cette occasion, Monsieur l'Ambassadeur, pour renouveler à Votre Excellence les assurances de ma très haute considération.

Le Ministre des Affaires Étrangères a. i.
Frieden

Son Excellence
le Comte Karl von Spreti
Ambassadeur de la République
fédérale d'Allemagne
Luxembourg

**Gesetz über die Vereinbarung vom 30. Juni 1958
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über Gastarbeitnehmer**

Vom 30. September 1960

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Den Haag am 30. Juni 1958 abgeschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über Gastarbeitnehmer wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 30. Juni 1958 in Kraft.

(2) Die Vereinbarung ist am 30. Juni 1958 in Kraft getreten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. September 1960

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Röder

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über Gastarbeitnehmer**

**Overeenkomst
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk de Nederlanden
betreffende stagiaires**

DIE REGIERUNG
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REGIERUNG
DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE,

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Zusammenarbeit der beiden Länder auf sozialem Gebiet zu erweitern,

UND IN DER ERWÄGUNG, daß es vorteilhaft ist, den Austausch von Gastarbeitnehmern zwischen den beiden Ländern zu fördern,

SIND ÜBER FOLGENDE BESTIMMUNGEN zur Regelung dieses Austausches ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Diese Vereinbarung findet Anwendung auf Deutsche und auf Niederländer, die für begrenzte Zeit in dem anderen Lande ein Arbeitsverhältnis als Gastarbeitnehmer eingehen, um sich beruflich und sprachlich fortzubilden. Deutsche im Sinne dieser Vereinbarung sind alle Personen, die über einen Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland verfügen.

(2) Diese Vereinbarung gilt auf deutscher Seite auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(3) Diese Vereinbarung gilt auf seiten des Königreichs der Niederlande nicht für die überseeischen Reichsteile.

(4) Als Gastarbeitnehmer können Hand- und Geistesarbeiter männlichen oder weiblichen Geschlechtes beschäftigt werden. Sie sollen grundsätzlich über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und in der Regel das 18. Lebensjahr vollendet und das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Artikel 2

(1) Den Gastarbeitnehmern wird die behördliche Genehmigung zum Stellenantritt im Rahmen des in Artikel 5 Abs. 1 vereinbarten Kontingents ohne Rücksicht auf die allgemeine Beschäftigungslage und auf die besondere Beschäftigungslage des jeweiligen Berufes erteilt.

(2) Die in den beiden Ländern geltenden Gesetze und Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern bleiben unberührt; die Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer finden nach Maßgabe des Absatzes 1 Anwendung.

DE REGERING
VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND

en

DE REGERING
VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

GELEID DOOR DE WENS, de samenwerking tussen beide landen op sociaal gebied uit te breiden, en

UITGAANDE VAN DE OVERWEGING, dat het van belang is, de uitwisseling van stagiaires tussen de beide landen te bevorderen,

HEBBEN voor de regeling van deze uitwisseling OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN OVEREENSTEMMING BEREIKT:

Artikel 1

(1) Deze Overeenkomst is van toepassing op Duitsers en op Nederlanders die voor een bepaalde periode in het andere land een arbeidsovereenkomst als stagiaire aangaan, teneinde zich in vak-en talenkennis verder te bekwalen. Duitsers in de zin van deze Overeenkomst zijn alle personen die in het bezit zijn van een paspoort van de Bondsrepubliek Duitsland.

(2) Wat Duitsland betreft geldt deze Overeenkomst ook voor het Land Berlijn, indien de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland niet binnen drie maanden na het in werking treden van deze Overeenkomst aan de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden een tegengestelde verklaring doet toekomen.

(3) Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft geldt deze Overeenkomst niet voor de overzeese delen van het Koninkrijk.

(4) Als stagiaire kunnen manlijke of vrouwelijke personen voor het verrichten van hand- en hoofdarbeid tewerkgesteld worden. In beginsel dienen zij een afgesloten beroepsopleiding te hebben genoten; in de regel moeten zij de leeftijd van 18 jaar hebben bereikt en niet ouder zijn dan 30 jaar.

Artikel 2

(1) Ten laste van het in het eerste lid van artikel 5 overeengekomen contingent wordt door de bevoegde instantie aan stagiaires toestemming verleend voor het aanvaarden van een betrekking, ongeacht de toestand van de werkgelegenheid in het algemeen en in het bewuste beroep in het bijzonder.

(2) De in beide landen geldende wetten en bepalingen betreffende het binnenkomen, het verblijf en het vertrek van vreemdelingen blijven onveranderd van kracht; de voorschriften betreffende de tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten vinden toepassing zoals in het eerste lid aangegeven.

Artikel 3

(1) Die Dauer des Gastarbeitnehmerverhältnisses ist in der Regel auf ein Jahr beschränkt; sie kann ausnahmsweise um höchstens sechs Monate verlängert werden.

(2) Der Gastarbeitnehmer darf nach Beendigung seines Gastarbeitnehmerverhältnisses in dem Lande, in dem er als Gastarbeitnehmer tätig war, sein Arbeitsverhältnis nicht fortsetzen, noch ein neues Arbeitsverhältnis eingehen.

Artikel 4

(1) Die Gastarbeitnehmer dürfen nur zugelassen werden, wenn sich die Arbeitgeber verpflichten, sie zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, wie sie für vergleichbare inländische Arbeitnehmer des Betriebes gelten, in dem die Gastarbeitnehmer beschäftigt werden sollen.

Wenn die Arbeitsleistung des Gastarbeitnehmers nicht voll der Leistung eines normalen Arbeitnehmers mit gleichartiger Tätigkeit entspricht, kann der Arbeitgeber dem Gastarbeitnehmer eine seiner Arbeitsleistung entsprechende geringere Vergütung gewähren, jedoch ist die Zulassung eines Gastarbeitnehmers davon abhängig, daß dieser für die Dauer seiner Beschäftigung über ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt verfügt.

(2) Die Gastarbeitnehmer genießen hinsichtlich des Arbeitsschutzes und des Rechtsschutzes auf dem Gebiete des Arbeitsrechts die gleiche Behandlung wie die Staatsangehörigen des Landes, in dem sie die Arbeit aufnehmen.

(3) Auf die Gastarbeitnehmer finden die Vorschriften des Gastlandes über die Sozialversicherung und die Arbeitslosenversicherung sowie etwaige besondere Vereinbarungen auf diesem Gebiete zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreiche der Niederlande Anwendung.

Artikel 5

(1) Die Zahl der Gastarbeitnehmer, die in jedem der beiden Länder zugelassen werden können, soll im Kalenderjahr dreihundert nicht überschreiten; auf deutscher Seite ist hierbei das Land Berlin eingeschlossen. Darüber hinausgehende Bewerbungen können unter den in den Artikeln 1 bis 4 genannten Bedingungen berücksichtigt werden, sofern es die Lage des Arbeitsmarktes gestattet.

(2) Die Anrechnung der Zulassung eines Gastarbeitnehmers auf das Kontingent ist unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt der Gastarbeitnehmer von der Zulassung Gebrauch macht und für welche Dauer die Zulassung erteilt wird. Die Gastarbeitnehmer, die am Jahresanfang bereits im Gebiet des anderen Landes zugelassen waren, werden auf das Kontingent des laufenden Jahres nicht angerechnet.

Eine Verlängerung der Dauer des Gastarbeitnehmerverhältnisses gemäß Artikel 3 Abs. 1 oder ein Wechsel der Gastarbeitsstelle gelten nicht als auf das Kontingent anzurechnende Zulassung.

(3) Wird das vereinbarte Kontingent im Laufe eines Jahres durch die Zulassung von Gastarbeitnehmern eines der beiden Länder nicht erreicht, so darf weder der nicht in Anspruch genommene Rest des Kontingents auf das folgende Jahr übertragen noch die Zahl der Zulassungen von Gastarbeitnehmern des anderen Landes entsprechend herabgesetzt werden.

(4) Eine Änderung des Kontingents kann bis spätestens einen Monat vor Ablauf des Jahres für das folgende Jahr durch Notenaustausch vereinbart werden.

Artikel 3

(1) De duur van de tewerkstelling als stagiaire mag in beginsel niet langer dan één jaar zijn; dit tijdvak kann bij wijze van uitzondering met ten hoogste zes maanden worden verlengd.

(2) De stagiaire mag na de beëindiging van zijn stage in het land waar hij als stagiaire tewerkgesteld was, noch zijn arbeidsovereenkomst voortzetten, noch een nieuwe arbeidsovereenkomst aangaan.

Artikel 4

(1) De stagiaires mogen slechts toegelaten worden wanneer de werkgevers zich verpflichten hen onder dezelfde loon- en arbeidsvoorwaarden te werk te stellen, als die welke gelden voor soortgelijke binnenlandse werknemers in dienst van het bedrijf waarin de stagiaires zullen worden tewerkgesteld.

Indien de arbeidsprestatie van de stagiaire minder is dan die van een normale werknemer die soortgelijk werk verricht, kan de werkgever aan de stagiaire een lager loon betalen dat in overeenstemming is met zijn arbeidsprestatie. In dat geval evenwel wordt de stagiaire slechts dan toegelaten, wanneer hij voor de duur van zijn tewerkstelling over voldoende middelen beschikt om in zijn levensonderhoud te voorzien.

(2) De stagiaires genieten ten aanzien van de arbeidersbescherming en de rechtsbescherming op het gebied van het arbeidsrecht dezelfde behandeling als de onderdanen van het land waar zij gaan werken.

(3) Op de stagiaires zijn alle voorschriften van de sociale verzekering en van de werkloosheidsverzekering in het ontvangende land, evenals eventuele bijzondere overeenkomsten op dit gebied tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, van toepassing.

Artikel 5

(1) Het aantal stagiaires dat in elk van de beide landen kan worden toegelaten, mag per kalenderjaar niet meer dan driehonderd bedragen; van Duitse zijde is hierbij inbegrepen het Land Berlijn. De boven het contingent uitgaande aanvragen kunnen onder de in de artikelen 1 tot en met 4 opgenomen voorwaarden in overweging worden genomen, voorzover de toestand van de werkgelegenheid dit toelaat.

(2) Een toegelaten stagiaire wordt ten laste van het contingent gebracht onverschillig op welk tijdstip de stagiaire van de toelating gebruik maakt en voor welke duur de vergunning wordt verleend. Stagiaires die bij de aanvang van het jaar reeds in het gebied van het andere land toegelaten waren, worden niet ten laste van het contingent van het lopende kalenderjaar gebracht.

Een verlenging van de duur van de arbeidsovereenkomst, zoals bedoeld in het eerste lid van artikel 3, of een verandering van werkgever, wordt niet als toelating ten laste van het contingent gerekend.

(3) Indien het overeengekomen contingent in de loop van een kalenderjaar door de toelating van stagiaires van een van de beide landen niet wordt bereikt, mag het ongebruikte deel van het contingent niet naar het volgende kalenderjaar worden overgeboekt, noch het aantal van de toelatingen van stagiaires van het andere land in dezelfde verhouding worden verminderd.

(4) Een wijziging van het contingent kan tot uiterlijk één maand voor het einde van het jaar voor het volgende kalenderjaar door een notawisseling worden vastgesteld.

Artikel 6

(1) Personen, die als Gastarbeitnehmer zugelassen werden wollen, müssen dies bei der mit der Durchführung der Vereinbarung beauftragten Behörde ihres Landes beantragen. In ihrem Antrag sind alle zur Prüfung des Antrages für die Vermittlung einer Gastarbeitnehmerstelle und für die Zulassung erforderlichen Angaben auf dem hierfür vorgeschriebenen Vordruck zu machen.

(2) Die genannte Behörde hat zu prüfen, ob nach den Voraussetzungen dieser Vereinbarung der Antrag der entsprechenden Behörde des anderen Landes zu übermitteln ist. Die zuständige Behörde des anderen Landes entscheidet über die Zulassung im Rahmen des jährlichen Kontingents.

(3) Die für die Durchführung der Vereinbarung zuständigen Behörden sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt/Main und im Königreich der Niederlande das Rijksarbidsbureau in Den Haag.

Artikel 7

(1) Die zuständigen Behörden werden um eine beschleunigte Bearbeitung der Anträge von Gastarbeitnehmern um Zulassung zum Stellenantritt bemüht sein. Die zuständige Behörde des Landes, in dem die Gastarbeitnehmer eine Beschäftigung aufzunehmen beabsichtigen, wird die Entscheidung über die Anträge in kürzester Frist der zuständigen Behörde des anderen Landes mitteilen.

(2) Die zuständigen Behörden beider Länder werden die Bewerber bei der Suche nach einer Gastarbeitnehmerstelle in ihrem Lande durch geeignete Maßnahmen und nötigenfalls unter Mitwirkung der eigens damit beauftragten Stellen und der in Betracht kommenden Organisationen unterstützen. Dies gilt auch dann, wenn die Beschäftigung bei einem Arbeitgeber ohne Verschulden des Gastarbeitnehmers nicht bis zum Ablauf der vorgesehenen Dauer fortgesetzt werden kann.

Artikel 8

Die Vermittlung und die Zulassung der Bewerber in Gastarbeitnehmerstellen erfolgen kostenlos.

Artikel 9

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und bleibt gültig bis zum 31. Dezember 1958.

(2) Sie wird für jeweils ein weiteres Jahr stillschweigend verlängert, sofern sie nicht von einer der vertragschließenden Regierungen vor dem 1. Juli zum Jahresende gekündigt wird.

(3) Im Falle der Kündigung bleiben die auf Grund dieser Vereinbarung ausgesprochenen Zulassungen für die Zeitdauer, für die sie erteilt wurden, gültig.

Artikel 10

Diese Vereinbarung ersetzt die am 22. Februar 1935 unterzeichnete und durch Notenwechsel vom 31. Januar 1952 gegenseitig wieder angewendete Vereinbarung zwischen dem Königreich der Niederlande und dem Deutschen Reich über die Zulassung von Arbeitnehmern, die sich beruflich und sprachlich fortbilden wollen.

Artikel 6

(1) Personen die als stagiaire wensen te worden toegelaten, moeten daartoe een aanvraag indienen bij de met de uitvoering van de Overeenkomst belaste instantie van hun land. Bij hun aanvraag moeten op het daarvoor voorgeschreven formulier de gegevens worden ingevuld die nodig zijn voor de beoordeling van de aanvraag om plaatsing in een betrekking als stagiaire en om toelating.

(2) De genoemde instantie dient na te gaan of de aanvraag overeenkomstig de voorwaarden van deze Overeenkomst aan de bevoegde instantie van het andere land kan worden doorgezonden. De bevoegde instantie van het andere land beslist over de toelating ten laste van het jaarlijkse contingent.

(3) De voor de uitvoering van deze Overeenkomst bevoegde instanties zijn in de Bondsrepubliek Duitsland de „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ in Frankfurt aan de Main en in het Koninkrijk der Nederlanden het Rijksarbidsbureau in 's-Gravenhage.

Artikel 7

(1) De bevoegde instanties zullen alles doen wat mogelijk is voor een snelle behandeling van de aanvragen van stagiaires om toelating voor het aanvaarden van een betrekking. De bevoegde instantie van het land waar de stagiaires zich voorstellen werk te aanvaarden, zal de beslissing ten aanzien van de aanvragen op zo kort mogelijke termijn aan de bevoegde instantie van het andere land mededelen.

(2) De bevoegde instanties van beide landen zullen de sollicitanten bij het zoeken naar een betrekking als stagiaire in hun land door doeltreffende maatregelen en zo nodig met medewerking van de daarmede speciaal belaste instanties en van de daarvoor in aanmerking komende organisaties ondersteunen. Dit geldt eveneens voor gevallen waarin de tewerkstelling bij een werkgever buiten de schuld van de stagiaire niet tot het einde van de voorgenomen periode kan worden voortgezet.

Artikel 8

De bemiddeling en de toelating van sollicitanten tot betrekkingen als stagiaire geschiedt kosteloos.

Artikel 9

(1) Deze Overeenkomst treedt in werking de dag van ondertekening en blijft van kracht tot 31 december 1958.

(2) De Overeenkomst wordt stilzwijgend verlengd, telkens met een jaar, indien zij niet door een van beide Overeenkomstsluitende Regierungen vóór 1 juli van het lopende jaar wordt opgezegd.

(3) In geval van opzegging blijven de op grond van deze Overeenkomst verleende vergunningen voor de periode waarvoor zij werden verleend, geldig.

Artikel 10

Deze Overeenkomst vervangt de op 22 februari 1935 ondertekende en door notawisseling van 31 januari 1952 wederom van kracht verklaarde overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden en het Duitse Rijk betreffende de toelating van werknemers die zich in hun beroep en de taal verder wensen te bekwamen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Den Haag am 30. Juni 1958, in zwei Urschriften in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Robert Dvorak

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:
E. H. van der Beugel

TEN BLUIJKE WAARVAN de wederzijdse gevolmachtigden deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te 's-Gravenhage, de 30 juni 1958, in tweevoud in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:
Dr. Robert Dvorak

Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:
E. H. van der Beugel

**Bekanntmachung
von Vorbehalten der Bundesrepublik Deutschland
zu den Genfer Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts
und zu den Genfer Abkommen zur Vereinheitlichung des Scheckrechts**

Vom 20. September 1960

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit einer am 31. Juli 1959 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangenen Erklärung nach Artikel I Abs. 3 des Abkommens vom 7. Juni 1930 über das einheitliche Wechselgesetz (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 377) folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

"The Acting Permanent Observer of the Federal Republic of Germany to the United Nations presents his compliments to the Secretary-General of the United Nations and, with reference to the Convention Providing a Uniform Law for Bills of Exchange and Promissory Notes done at Geneva on 7 June 1930 which the Federal Republic of Germany—after cessation of impediments to its application which had arisen for the duration of the state of war in the relationship between belligerent States Parties to the Convention—continues to apply in full effect, has the honour to inform the Secretary-General that the Federal Republic of Germany in accordance with Article I paragraph 3 of this Convention, declares the reservation provided for in Article 18 of Annex II of said Convention."

„Der Geschäftsführende Ständige Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen beehrt sich, auf das Genfer Abkommen vom 7. Juni 1930 über das einheitliche Wechselgesetz Bezug zu nehmen, das die Bundesrepublik Deutschland weiterhin in vollem Umfang anwendet, nachdem die seiner Anwendung entgegenstehenden, während der Dauer des Kriegszustandes zwischen kriegführenden Vertragstaaten des Abkommens entstandenen Hindernisse weggefallen sind, und dem Herrn Generalsekretär mitzuteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel I Absatz 3 dieses Abkommens den in Artikel 18 der Anlage II zu dem Abkommen vorgesehenen Vorbehalt macht.“

Ferner hat die Bundesrepublik Deutschland mit einer am 31. Juli 1959 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangenen Erklärung nach Artikel I Abs. 3 des Abkommens vom 19. März 1931 über das einheitliche Scheckgesetz (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 537) folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

"The Acting Permanent Observer of the Federal Republic of Germany to the United Nations presents his compliments to the Secretary-General of the United Nations and, with reference to the Convention Providing a Uniform Law for Cheques done at Geneva on 19 March 1931 which the Federal Republic of Germany—after cessation of impediments to its application which had arisen for the duration of the state of war in the relationship between belligerent States Parties to the Convention—continues to apply in full effect, has the honour to inform the Secretary-General that the Federal Republic of Germany, in accordance with Article I paragraph 3 of this Convention, declares the reservation provided for in Article 27 of Annex II of said Convention."

„Der Geschäftsführende Ständige Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen beehrt sich, auf das Genfer Abkommen vom 19. März 1931 über das einheitliche Scheckgesetz Bezug zu nehmen, das die Bundesrepublik Deutschland weiterhin in vollem Umfang anwendet, nachdem die seiner Anwendung entgegenstehenden, während der Dauer des Kriegszustandes zwischen kriegführenden Vertragstaaten des Abkommens entstandenen Hindernisse weggefallen sind, und dem Herrn Generalsekretär mitzuteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel I Absatz 3 dieses Abkommens den in Artikel 27 der Anlage II zu dem Abkommen vorgesehenen Vorbehalt macht.“

Die Vorbehalte sind nach Artikel I Abs. 3 Satz 3 der genannten Abkommen

am 29. Oktober 1959

wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. November 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 592), vom 28. März 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 256) und vom 27. April 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 559).

Bonn, den 20. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung
und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen
an der deutsch-niederländischen Grenze**

Vom 23. September 1960

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 2181) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 26 Abs. 2

am 28. September 1960

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 13. September 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 23. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 25 der Internationalen Arbeitsorganisation
betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft
(Inkrafttreten für Peru)**

Vom 23. September 1960

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 15. Juni 1927 angenommene Übereinkommen Nr. 25 betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 887) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 3 in Kraft getreten für

Peru am 1. Mai 1960.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. März 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 212).

Bonn, den 23. September 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen